Ausland.

Der spanisch-amerikanische Krieg.

Nach der eiligen Hast, mit der die Regierung und der Kongreß in Washington den Kriegsausbruch beschleunigten, ja geradezu überstürzten, mußte man annehmen, daß die Vereinigten Staaten gleich bei Beginn der Campagne einen großen Schlag führen wollten. Etwa einen strategischen Ueberfall gegen einen oder mehrere Häfen Kubas, und daß diesem Ueberfall dann die Beschießung und Zerstörung der spanischen Küstenbefestigungen und Landungen an gewissen Punkten folgen würden, um sich werthvoller, die Insel beherrschender Positionen zu bemächtigen, dem Aufstande einen neuen Impuls zu geben und Unterstützung zu bringen. Anstatt aber den Feldzug mit einer raschen und energischen Aktion zu beginnen, die vielleicht eine folgenschwere Entscheidung gebracht hätte, beschränkte sich die Regierung von Washington darauf, eine schwächliche Maßregel zu ergreifen, d. h. die wahrscheinlich wenig wirksame Blok de einer etwa 200 km langen Strecke der Nordküste Kubas und des Südhafens Cienfuegos zu proklamiren. Diese Blokade ist eigentlich nur gegen die Hauptstadt Havanna, den Sitz der Regierungsgewalt und den Stapelplatz der Kriegsvorräthe, gerichtet, und sie wird es kaum verhindern, daß spanische und neutrale Schiffe nach anderen, nichtblokirten Häfen Kriegskontrebande bringen, die dann auf den zahlreichen Eisenbahnlinien, welche die Insel durchqueren, nach Havanna transportirt werden wird. Das beste Mittel, die spanische Armee auf Kuba ihres Kriegsmittelbedarfs zu berauben, wäre wohl die Zerstörung der Befestigungen und der militärischen Depots der Hauptstadt gewesen. Aus welchen Gründen mag die Union auf dieses allem richtige Vorgehen verzichtet haben? Es wird behauptet, daß man in Washington bis zum letzten Augenblicke nicht an den Ausbruch des Krieges glaubte, und überzeugt war, Spanien werde schließlich doch nachgeben. Die Kriegsvorbereitungen Amerikas dürften sich daher in einem noch viel rückständigeren Stadium befinden, als allgemein angenommen wurde. Was die Kriegführung der Amerikaner anbelangt, so scheint in Washington eine von merkantilem Geiste diktirte Strategie angenommen worden zu sein. Man scheint dort nicht geneigt, blutige Entscheidungen zu provoziren, sondern beabsichtigt offenbar, den Krieg in die Länge zu ziehen, um das ohnedies geschwächte Spanien noch mehr zu erschüttern, seine Finanzen vollends zu ruiniren und der jesuitisch-karlistischen sowie der anarchistisch-sozialistischen Partei Zeit zur Vollendung ihrer Minirarbeit zu geben. Kuba, so glaubt man wahrscheinlich in Washington, wird dann wie eine reife Frucht in den Schoß der Union fallen. Mit dem Rechenstift in der Hand sitzt Mac Kinley in seinem Comptoir im Weißen Hause und kalkulirt den Zeitpunkt ganz genau, wann der moralische und materielle Bankerott seines Gegners eintreten muß. Das ist eine wenig ritterliche, aber sehr vorsichtige und erfolgversprechende Kriegführung fin de siècle, die aber nur möglich ist, weil Spanien in dem Kampfe mit den Vereinigten Staaten keine Alliirten besitzt und auch nicht darauf rechnen kann, Bundesgenossen zu gewinnen.

Nach den aus amerikanischen Quellen vorliegenden Mittheilungen hat der Finanzausschuß des Repräsentantenhauses in Washington zur Bereitstellung von Mitteln für den Krieg eine Vorlage ausgearbeitet. Dieselbe setzt innere Abgaben fest, welche weitere Einnahmen im Betrage von 90—100 Millionen Dollars ergeben sollen. Der Entwurf giebt ferner die Ermächtigung zur Ausgabe 3prozentiger Bonds zu 10 und 20 Dollars das Stück, in Münze zahlbar, bis zum Betrage von 500 Millionen Dollars und zur Ausgabe 3prozentiger Schatzcertifikate bis zum Gesammtbetrage von 100 Millionen Dollars. Mac Kinley wird die Botschaft, in welcher der Erlaß einer formellen Kriegserklärung verlangt wird, erst heute dem Kongreß zugehen lassen. Ein Grund für dieses Verlangen sei, daß Spanien durch sein Vorgehen thatsächlich den Krieg erklärt habe. Mac Kinley erließ eine Proklamation, durch welche 125,000 Freiwillige zu den Fahnen gerufen werden; der Dienst soll zwei Jahre dauern, falls die Entlassung nicht schon früher erfolgt. Die Millionärsfamilie Astor macht der Regierung das Angebot, auf ihre (Astors) Kosten ein Regiment Artillerie zu rekrutiren, auszurüsten und zu erhalten. Im Repräsentantenhause führte am Sonnabend Hall, der Vorsitzende des Militärkomitees, aus, General Miles beabsichtige, die Landung auf Kuba zu bewerkstelligen, sobald es ausführbar sei. Es würde 6 Wochen bis 2 Monate dauern, bis die Freiwilligen-Armee ausgerüstet sei. Auch sämmtliche in Key West und Tampa befindlichen Korrespondenten konstatiren, daß die amerikanische Flotte und das Landheer kaum vor Ablauf von zehn Tagen aktionsfähig sein dürften. Großen Erfolg versprechen sich die Amerikaner von einem Fesselballon, der von Fort Logan in Colorado nach dem an der Meerenge zwischen den beiden vor dem eigentlichen New York gelegenen Inseln Long Island und Staaten Island befindlichen Fort Wadsworth gebracht worden ist. Der Ballon soll zu Observationszwecken verwendet werden. Sein Korb ist direkt mit den beiden Hafenforts telephonisch verbunden, so daß die Luftschiffer ihre etwaigen Wahrnehmungen, z. B. das Herannahen des Feindes, unverzüglich berichten können. Außerdem führen sie Flaggensignale und Schreibversze mit sich, letztere, um die Observation auch nachts unternehmen zu können. Der Ballon ist aus Seide, wiegt mit seinem Zubehör angefähr 40,000 Pfund, hat einen Höhendurchmesser von 40 Fuß und bedarf zu seiner Füllung 14,000 Kubikfuß Gas. Der Ballon steigt bis zur Höhe von 1800 Fuß über dem Meeresspiegel. — Am Sonnabend sind Befehle ertheilt worden, in einer Anzahl amerikanischer Häfen Minen zu legen. Die einzelnen Plätze sind nicht bekannt, doch sollen die Minen so bewacht werden, daß die Schiffe befreundeter Nationen keiner Gefahr ausgesetzt sind.

Der Rücktritt des Staatssekretärs des Aeußern Sherman ist beschlossene Sache. Er ist höchst gedächtnißschwach und verwirrt. Vor einigen Tagen acceptirte er die Proposition des österreichischen Botschafters Baron Hengelmüller, die Kubafrage einer europäischen Konferenz zu unterbreiten, und erinnerte sich dessen eine halbe Stunde darauf nicht mehr.

Zu ernsteren Feindseligkeiten ist es bisher noch nicht gekommen, dagegen ist das Vorspiel zu der blutigen Kriegstragödie in vollem Gange: Es besteht in der Wegnahme der gegnerischen Kauffahrteischiffe. Zwar hat sich die Wegnahme des spanischen Packetboots „Alfonso XII." nicht bestätigt. Das aufgebrachte spanische Schiff war der Dampfer „Pedro," welcher 1892 Tonnen groß ist, und am 17. d. von Antwerpen in Havanna eingetroffen war. Außer auf den „Pedro" schoß der amerikanische Kreuzer „New York" bei Havanna noch auf einen anderen Dampfer und hielt ihn an; dieser stellte sich aber als ein deutsches Schiff heraus und erhielt die Erlaubniß weiterzufahren. Weiter brachte das amerikanische Kanonenboot „Helena" Sonntag früh den Dampfer „Miguel Jover" auf, der mit Baumwolle und Getreide von New Orleans nach Barcelona unterwegs war, und schleppte ihn in den Hafen. Der „Jover" ist ein Dampfer von etwa 2000 Tons. Auch wurde am Sonnabend der spanische Schooner „Mathilde" von einem amerikanischen Torpedoboot aufgebracht und in den Hafen von Key West eingeschleppt. Amerikanische Zeitungen behaupten, daß die Vereinigten Staaten 40 Dampfer als Transportdampfer angekauft haben, in Wahrheit aber sollen diese Dampfer zweifellos Jagd auf spanische Kauffahrer machen. Der von den Amerikanern genommene Dampfer „Buonaventura" gehört einer spanisch-englischen Gesellschaft in Liverpool. Der spanische Ministerpräsident Sagasta bezeichnete die Wegnahme, wie die „Agencia Fabra" meldet, als Seeräuberei, da sie noch vor der Kriegserklärung erfolgt ist. Man glaubt, auch England werde gegen die Beschlagnahme des Schiffes Einspruch erheben. Wie aus Madrid gemeldet wird, hätten spanische Kriegsschiffe am Freitag zwei amerikanische Handelsschiffe fortnehmen können. Sie hätten dies aber nicht gethan, denn, heißt es in der Meldung, da der Krieg noch nicht erklärt ist, respektirt Spanien das Völkerrecht, das von den Amerikanern verleugnet ist. Eine Meldung, daß der amerikanische Postdampfer „Paris" am Sonnabend an der englischen Küste von einem spanischen Torpedoboote gekapert worden sei, hat bisher noch keine Bestätigung gefunden.

Von Wichtigkeit ist ein amtliches spanisches Dekret, welches sich mit den im Vordergrunde des Interesses stehenden völkerrechtlichen Fragen beschäftigt. Das Dekret besagt, daß Spanien an dem Kaperrecht festhalte. Die spanische Regierung wird in Wahrung ihres Rechtes Kaperbriefe ausstellen, welches sie sich in der an Frankreich gerichteten Note vom 16. Mai 1857 vorbehalten hat und zunächst aus Schiffen der Handelsmarine Hilfskreuzer der Kriegsmarine bilden. Diese werden während des Krieges mit der Kriegsmarine zusammenwirken und deren Jurisdiktion unterstehen. Um feindliche Schiffe nehmen und Feindesgut unter feindlicher Flagge oder Kriegskontrebande unter irgend einer Flagge mit Beschlag belegen zu können, werden die Schiffe der spanischen Marine, die Hilfskreuzer und die Kaperschiffe später das Durchsuchungsrecht auf offenem Meere und in den Gewässern, welche der Jurisdiktion des Feindes unterstehen, gemäß den Bestimmungen des Völkerrechtes und den Anweisungen, die noch bekannt zu geben sind, ausüben. Obwohl Spanien der Pariser Konvention vom Jahre 1856 nicht beigetreten ist, erklärt die spanische Regierung im Einklange mit den Grundzügen des Völkerrechtes, sie werde folgende Bestimmungen des Seerechtes beobachten und deren Befolgung anordnen:

a) Neutrale Flagge deckt Feindesgut mit Ausnahme von Kriegskontrebande.
b) Neutrales Gut mit Ausnahme von Kriegskontrebande ist unter neutraler Flagge nicht pfändbar.
c) Blokaden müssen, um bindend zu sein, effektiv sein, d. h. durch Streitkräfte aufrecht erhalten werden, welche thatsächlich eine Annäherung des Feindes an die Küste verhindern können.

Andererseits theilte am Sonnabend in der italienischen Deputirtenkammer der Minister des Auswärtigen mit, die Regierung der Vereinigten Staaten habe, da der Kriegszustand thatsächlich erklärt war, offiziell aus eigenem Antriebe die gleichen Grundsätze des Seerechts mitgetheilt, wie sie sie zu den ihrigen machen würde, nämlich, daß die neutrale Flagge Feindesgut deckt, mit Ausnahme von Kriegskontrebande, daß ferner neutrales Gut, welches nicht Kontrebande ist, nicht pfändbar ist und daß die Blokade, um beobachtet zu werden, eine effektive sein muß, endlich, daß die Regierung der Vereinigten Staaten nicht beabsichtige, Kaperei auszuüben. Wie deckt sich das aber mit den obigen Mittheilungen?

Eine Proklamation der kubanischen Regierung macht allen Kubanern zur Pflicht, sich zur Abwehr des Angriffs seitens der Vereinigten Staaten zu vereinigen. Marschall Blanco proklamirte den Kriegszustand. Die Kaufmannschaft von Havanna bot Blanco Geld und Lebensmittel an und versicherte, die Preise ihrer Waaren nicht erhöhen zu wollen. Der allgemeine Vertheidigungsplan wurde in Havanna telephonisch den drei Hafenforts Principe, Morro und Cabana übermittelt. Im Augenblicke des Alarms werden drei Kanonenschüsse abgefeuert, das Nebelhorn des Hauptquartiers ertönt dann dreimal auf dem Exerzierplatz, und sofort antworten die Hörner und Trompeten der ganzen Garnition. Die Kastelle stecken nachts rothe Laternen heraus. Im Arsenal und in allen Marinestationen Havannas herrscht fieberhafte Thätigkeit. Dabei platzte im Arsenal der Kessel einer Dynamomaschine, wodurch 2 Arbeiter getödtet, 10 verwundet wurden. — Die amerikanische Flotte vor Kuba hat sich getheilt: zwei Kanonenboote sind nach Westen, zwei Monitors, ein Kreuzer und ein Kanonenboot nach Osten gelegt. Der übrige Theil der Flotte blokirt Havanna. Der „New York Herald" will wissen, daß das Bombardement Havannas unmittelbar bevorstehe. Ein zur amerikanischen Flotte gehöriges Torpedoboot, welches Sonnabend nachmittag in Key West eingetroffen ist, berichtet dagegen, daß die amerikanische Flotte vor Havanna ein Bombardement nicht eröffnet, aber eine friedliche Blokade durchgeführt habe. Thatsache ist, daß Mac Kinley, welchem das Bombardement widerstrebt, heftig gedrängt wird, zuzustimmen. Besonders General Lee bestehl darauf. Die stille Art, wie der Krieg begann, hat in Amerika bereits Enttäuschung erzeugt. Die Jingos hatten gehofft, schon in vierzehn Tagen im Theater in Havanna zu sitzen und dem Yankee Doodle applaudiren zu können. Jetzt findet man, daß die Blokade die Dinge schlimmer statt besser gemacht hat. Nach einem Telegramm von Bord des Kreuzers „New York" auf der Höhe von Havanna von gestern früh 2 Uhr wurden gestern abend 11 Uhr vom Fort Morro aus auf das amerikanische Geschwader zehn Schüsse abgegeben, die indessen ohne Wirkung blieben. Das Feuer wurde seitens der Amerikaner nicht erwidert.

Der amerikanische Ministerrath beschloß, das Geschwader im Stillen Ocean zur Blokade von Manila und anderen Häfenplätzen der Philippinen anzuweisen. Von Hongkong gingen bereits am Sonntag 5 Fahrzeuge des dortigen amerikanischen Geschwaders mit versiegelten Orders in See. „Olympia" und „Baltimore" erwarten die Ankunft des amerikanischen Konsuls von Manila und werden heute nachfolgen. Die englischen Behörden erließen eine Proklamation, welche den englischen Staatsangehörigen verbietet, die beiden im Krieg befindlichen Nationen zu unterstützen.

In Spanien hat angesichts der einstimmigen Erklärung aller politischen Führer zu Gunsten des liberalen Kabinets die Königin-Regentin dem Ministerpräsidenten Sagasta neuerdings ihr Vertrauen ausgedrückt und ihn mit der Weiterführung der Geschäfte beauftragt. Der Gedanke an eine Ministerkrisis ist somit beseitigt. — Der Senat konstituirte sich am Sonnabend; die Mitglieder leisteten den Eid. Pinlo, Mitglied des Hauses für Kuba, gedachte in warmen Worten des Marschalls Blanco und der spanischen Truppen auf Kuba. Die Begeisterung derselben zeige, daß sie das spanische Gebiet zu schützen wissen werden. Der Kriegsminister General Correa bemerkte, er sei überzeugt, das Heer werde zeigen, daß es lieber den Tod erleiden wolle als eine Niederlage. — Auf Veranlassung des Finanzministers hielten die bedeutendsten Bankiers von Madrid Sonnabend abend eine Versammlung ab. Der Minister hielt eine Ansprache an die Bankiers und ersuchte sie um ihre Unterstützung zu dem Zweck, die Panik der Börse zum Stillstand zu bringen, da weder die Lage des Staatsschatzes noch die politischen Verhältnisse die Baisse der Werthe rechtfertigten. Die Bankiers sprachen sich in ihren Erwiderungen mit größtem Patriotismus aus und schlossen sich den Ausführungen des Ministers an. — Gleichzeitig traten beim Marineminister sämmtliche Vice-Admirale und Contre-Admirale zu einer Besprechung zusammen, der man große Bedeutung beimißt. Man glaubt, daß es sich bei der Besprechung, die lange Zeit dauerte, um die Frage der Kaperei handelte. — Am Sonnabend wurden fast 10 Millionen auf die nationale Subskription zum Ausbau der Flotte eingezahlt. — Nach einer Meldung aus Bochum verlautet dort, die spanische Regierung sei mit dem Kohlensyndikat behufs Lieferung von Ruhrkohlen für Kriegsschiffe in Verbindung getreten und sie habe sämmtliche verfügbaren Bestände angekauft. Die Lieferung soll in Rotterdam erfolgen.

Am meisten werden die französischen Kapitalisten, welche ihr Geld (2½ Milliarden Mark) in spanischen Papieren angelegt haben, unter dem spanisch-amerikanischen Kriege leiden. Seit Wochen hat Paris sich bemüht, spanische Papiere auf der londoner Fondsbörse zu realisiren. London hat aber nicht gekauft, da die wirkliche Lage Spaniens nur zu gut bekannt war. Spanien kann im Kriegsfalle seine auswärtigen Gläubiger nicht befriedigen. Die französischen Gläubiger werden wohl mehrere Hundert Millionen Pfund Sterling verlieren. In englischen Händen befinden sich wenige spanische Staatspapiere. Einen Preisrückgang amerikanischer Werthe würden die Spekulanten am meisten spüren. Eine nicht unheilsame Folge hat die gegenwärtige Krisis insofern gehabt, als sie dem unsoliden Gründerwesen ein Halt geboten hat.

Oesterreich-Ungarn.

Der ungarische Quotenausschuß beschloß in seiner Sitzung am Sonnabend, den Standpunkt des früheren Quotenausschusses aufrecht zu erhalten. Bevor der Ausschuß seine Berathungen fortsetzt, wünscht er zu wissen, ob der österreichische Ausschuß die zur Berechnung der Quote seit 1868 zur Anwendung gelangte Grundlage aufrechthalten will. Dieser Beschluß wird dem österreichischen Ausschusse amtlich zur Kenntniß gebracht.

Die Budapester Polizei hat neun dortige Sozialisten, durchweg Gewerbetreibende, theils für 5 Jahre und theils für immer ausgewiesen. Die Ausgewiesenen, die sich von ihren Familien verabschieden wollten, mußten dies mit Ketten gefesselt thun.

In der Gemeinde Rew bei Großwardein brach eine Revolte aus, weil der Oberstuhlrichter die Einwohner zu den agrarischen Arbeiten zwingen wollte. Die Gendarmerie verhaftete 80 Personen, wovon sich eine im Gefängniß erhängte.

Frankreich.

Der Minister des Innern Barthou hielt am Sonntag in Cloron seinen Wählern eine Rede, in welcher er auf die Schwäche des Programms der Radikalen und Sozialisten und auf die Gefahren der kollektivistischen Lehren hinwies und das von dem Kabinet Meline geschaffene Werk darlegte. Der Minister schloß, indem er betonte, bei den nächsten Wahlen werde es sich nicht um einen Kampf für den Fortbestand der Republik handeln, welche nicht bedroht sei, sondern um den Kampf zwischen zwei Programmen. Die Wahlen müßten den ausdrücklichen Wunsch beweisen, eine feste homogene und dauerhafte Regierungsmajorität zu schaffen, welche Kraft, Ansehen und Beharrlichkeit besitzt, ohne welche große Pläne nach außen hin und große Reformen im Innern unmöglich seien.

Niederlande.

Ob sich die Königin Wilhelmine zur Feier ihres Regierungsantritts schon verlobt, ist eigentlich gleichgiltig; daß es aber bald erfolgen wird, ist nach Lage der Verhältnisse für „die Letzte ihres Stammes" selbstverständlich. Interessanter ist, welche Stellung der einstige Gemahl der holländischen Königin einnehmen wird. Die Engländer waren einst nicht dafür zu haben, den Gemahl der Königin Victoria „Titularkönig" werden zu lassen, wie die königliche Braut wollte, sondern es mußte bei dem „Prinz-Consort" mit 30,000 Pfund Sterling Apanage und Rang nach seinen Kindern bezw. dem Prinzen-Thronfolger von Wales verbleiben. Die regierenden Königinnen Maria della Gloria von Portugal und Isabella verstehen ihren Gemahlen den Königstitel. Auf die selbstbewußten, konservativen Holländer macht es jedenfalls Eindruck, wer der Erkorene ist, und ist er selbst der Enkel einer holländischen Prinzeß, so dürfte dem „Königstitel" nichts im Wege stehen. Immerhin muß selbst eine „Majestät" auf die Landesverretung, selbst in Heirathssachen, Rücksicht nehmen, denn der Heirathsvertrag passirt eventuell das Parlament. Königin Wilhelmine ist allerdings vom Glücke mehr begünstigt als die einst wenig begütterte Königin Victoria von England. Denn die Königin, als Haupt des Hauses Oranien, hat ein so bedeutendes Privatvermögen, daß ihre Civilliste als Königin, 800,000 Gulden, nicht so sehr ins Gewicht fällt, und noch weniger, ob mit wie viel der Prinz-Gemahl oder König Apanage bezieht. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Königin Wilhelmine dereinst für den Gemahl Anforderungen an das Land nicht erhebt.

Großbritannien und Irland.

Ein Blaubuch über die chinesischen Fragen ist am Sonnabend in London veröffentlicht worden. Wie darin mitgetheilt wird, benachrichtigte der Premierminister Lord Salisbury den englischen Gesandten in Peking, Macdonald, es sei wünschenswerth, gegen das russische Verlangen der pachtweisen Ueberlassung von Port Arthur und Taliewan einen Gegenzug zu machen. Der beste Plan sei vielleicht die Abtretung von Weihaiwei durch Japan an England. Macdonald antwortete, der einzige Grund, welcher von Rußland für sein Verlangen angegeben worden, sei der gewesen, die Mandschurei gegen die Angriffe anderer Mächte zu schützen. Macdonald fügte hinzu, obwohl England und Japan gemeint gewesen seien, habe der russische Geschäftsträger Pawloff es abgelehnt, zu sagen, welche Macht gemeint sei, und die Grundlosigkeit des Vorwandes sei auch von der chinesischen Regierung anerkannt worden. Dieselbe habe Lord Salisbury dringend gebeten, sie zu unterstützen, indem die englische Regierung der russischen die Versicherung abgebe, daß England keine Pläne gegen die Mandschurei hege. Diese Versicherung wurde gegeben, der Botschafter in Petersburg theilte jedoch Salisbury mit, daß Graf Murawjew fest entschlossen sei, wegen der Unsicherheit der Entwickelung der Verhältnisse im Osten zwei Häfen zu pachten. Graf Murawjew gab das Versprechen, daß der auswärtige Handel zu beiden Vertragshäfen freien Zutritt haben solle, sog aber später dieses Zugeständniß in Bezug auf Port Arthur zurück. Macdonald telegraphirte hierauf am 24. März, China sehe sich gezwungen, Rußland wider seinen Willen nachzugeben, da Rußland mit feindlichen Maßnahmen gedroht habe. Am 25. März theilte Salisbury Macdonald mit, das Gleichgewicht der Mächte am Golf von Petschili sei thatsächlich gestört, deshalb sei es nothwendig, die Verpachtung von Weihaiwei nach dem Abzug der Japaner zu erlangen. Die britische Flotte sei unterwegs von Hongkong nach dem Golf von Petschili. Am folgenden Tag benachrichtigte Lord Salisbury die deutsche Regierung, daß England nicht in die Interessensphäre Deutschlands in der Provinz Schantung einzudringen beabsichtige.

Serbien.

Paschitsch ist wegen Beleidigung König Milan's unter Anklage gestellt worden. Inkriminirt wird die Erklärung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18980425020/fragment/page=0001

von Poschtisch, in welcher er die Beschuldigung zurückwies, jemals gegen die serbischen Interessen in Mazedonien gehandelt zu haben, und zwar die Worte, mit denen er ausdrückte, daß er im Jahre 1885 Gegner Milan's war.

Rußland.

Den „Novosti" zufolge wurden für den Bau der sibirischen Eisenbahn 377 Millionen angewiesen, von denen bereits 326 Millionen ausgezahlt sind. Ferner wurden 12 Millionen für Arbeiten zur Ausschließung und Kultivirung des Landes verausgabt. Darunter befinden sich Ausgaben für topographische und astronomische Aufnahmen, für Kolonisirung und Beschaffung landwirthschaftlicher Geräthe für die Kolonisten und zu Zwecken geologischer Erforschungen usw.

Die „Novoje Wremja" hat von der Verwaltung des Rothen Kreuzes Daten über die infolge Mißernte nothleidend gewordene Bevölkerung erhalten. Danach umfaßt der Rayon, auf dem Noth herrscht, nicht weniger als 360,000 Quadr.-Werst (1 Werst = 1 km). Von einem Dorfe des Gouvernements Tula (Kreisty) heißt es, daß seine Einwohner ohne Hilfe der Gesellschaft zum Hungertode oder zur Bettelei verurtheilt seien; im Kreise Jelez (Gouv. Orel) hat die Landschaft dem Gouverneur mitgetheilt, daß die Bevölkerung ohne eine Schenkung von 600,000 Pud Korn die Hungersnoth nicht überstehen könne; im Kreise Liwny (Gouv. Orel) schicken die Eltern ihre hungrigen Kinder massenhaft in die Landschaftsschulen, um ihnen zu Hause die Bitte um Brot nicht abschlagen zu müssen. Das Schulkomitet hat 45,000 Rubel erbeten, um 10,000 Kinder ein halbes Jahr lang ernähren zu können. Die Unterhaltskosten eines Kindes sind monatlich auf 75 Kop. veranschlagt!

Infolge der erheblichen Anhäufung der für Ostasien bestimmten Güter, Passagiere, Auswanderer und Soldaten hat die Freiwilligenflotte für den Transport derselben außer dem bereits abgegangenen Dampfer „Les Alpes" drei weitere große französische Privatdampfer gechartert.

Asien.

Auf der an der Nordwestküste von Borneo gelegenen Insel Labuan hat der Führer der Aufständischen Matsalah, welcher lange Zeit Unruhen anstiftete, sich nun freiwillig den britischen Behörden unterworfen.

Mittel- und Südamerika.

In Rio de Janeiro sind die wegen Beihilfe an dem am 5. November v. J. gegen den Präsidenten von Brasilien Moraes versuchten Mordanschlags Angeschuldigten verurtheilt worden mit Ausnahme von Manuel Victorino, Joachim Freire und Fortunato Medeiros.

Ein Protokoll mit Chile betreffend die Rückgabe von Tacna und Arica an Peru ist am Freitag in Santiago de Chile unterzeichnet worden. Die Bestimmungen sind für Peru günstig.

Prozeß Seidel.

V.

[Nachdruck verboten.]

Sr. Braunschweig, 23. April.

Zu Beginn der heutigen Verhandlung bringt der Präsident das Protokoll über die Vernehmung des Ministers Hartwieg zur Verlesung; derselbe hat bekundet: Prof. Seidel war im Herzoglichen Krankenhause mit einer Einnahme von ca. 2100 bis 2300 M. und der Berechtigung, nebenbei die Privatpraxis auszuüben, als Chefarzt angestellt. Das Einkommen war deshalb so gering bemessen, weil unbeschränkte Ausübung der Privatpraxis gestattet war. Sobald diese Gestattung wegfiel, sollte Professor Seidel durch Erhöhung des aus der Staatskasse fließenden Einkommens und durch die Befugniß entschädigt werden, von den im Krankenhause behandelten Kranken 1. und 2. Klasse ein Honorar für Operationen zu beziehen. Bevor die von den Assistenten erhobenen Beschuldigungen eingingen und bevor der Fall Mack bekannt geworden war, hatte das Herzogl. Staatsministerium über das Verhalten und die Thätigkeit des Prof. Seidel Nachtheiliges nicht erfahren und ihn für einen sehr tüchtigen und pflichtgetreuen Beamten gehalten. Das Herzogl. Staatsministerium hatte sich vorbehalten, gegen Professor Seidel wegen der Mack'schen Angelegenheit nach Abschluß der Verhandlungen der Aerztekammer das Disciplinarverfahren einzuleiten, weil es der Ansicht war, daß Seidel in dem Ober-Sanitätskollegium nicht werde verbleiben können, wenn dieser Vorfall sich zu herausstellen sollte, daß daraus eine schwere Verletzung der Pflicht, sich auch außer dem Amte der von dem Beruf erforderten Achtung würdig zu zeigen, sich ergeben hätte. Prof. Seidel hat mir damals einen Brief des Majors von Hoffmann gezeigt, aus welchem sich ergab, daß die Vorwürfe, welche Dr. Mack dem Professor Seidel wegen des betreffenden Falles gemacht hatte, unbegründet waren, wenn die nicht ganz bestimmten Angaben des Majors von Hoffmann richtig waren.

Ich habe ihm darauf meine Freude darüber ausgesprochen, daß sich der Fall so günstig für ihn aufgeklärt habe. Damit habe ich selbstverständlich nicht anerkannt, daß die Thätlichkeiten gegen Mack dadurch ihre Entschuldigung gefunden hätten, wenn sie auch dadurch in einem milderen Lichte erscheinen konnten. Ebensowenig war dadurch ausgeschlossen, daß die Entfernung Seidel's aus der obersten Medizinalbehörde, welche allein wegen der Thätlichkeit geboten erscheinen konnte, von der Disciplinarbehörde in dem eventuell einzuleitenden Verfahren ausgesprochen wurde. Am 6. November 1895 erfuhr ich zu meiner Ueberraschung durch den Kreisdirektor Langerfeldt, daß die Seidel'schen Assistenten Anschuldigungen gegen ihren Chef erhoben hätten, daß diese zur Kenntniß des Regierungsraths Sievers durch seinen mit den Assistenten befreundeten Bruder gekommen wären und daß der Regierungsrath Sievers den Assistenten eröffnet hätte, daß er sie amtlich vernehmen müsse. Ich erwiderte, daß Regierungsrath Sievers die Assistenten sofort zu vernehmen habe und sie dabei aufmerksam zu machen habe, welche Verantwortung sie durch ihre Aussagen übernähmen und daß sie ihre Aussage demnächst eidlich würden erhärten müssen. Darauf erhielt ich das Protokoll des Regierungsraths Sievers durch den Kreisdirektor Langerfeldt noch an demselben Abend zugestellt. Am folgenden Tage konferirte ich darüber in der Sitzung des herzoglichen Staatsministeriums. Es wurde beschlossen, daß wegen der Fälle Mörecke und Meister das strafrechtliche Verfahren und wegen dieser Fälle sowie wegen einer Reihe anderer schwerwiegender Anschuldigungen das formelle Disciplinarverfahren einzuleiten sei. Zugleich wurde wegen der Schwere der Anschuldigungen die Suspension Seidel's beschlossen. Für den Beschluß auf Einleitung des Disciplinarverfahrens und auf Verhängung der Suspension waren außer den Fällen Mörecke und Meister insbesondere die Anschuldigungen maßgebend, daß Seidel die Regeln der Asepsis und Antisepsis gröblich vernachlässigte, auf Grund oberflächlicher Untersuchungen Operationen vorgenommen habe, daß er die Listen der ihm vorzustellenden Kranken öfter lange Zeit hindurch nicht angesehen habe und daß deshalb öfter Kranke lange Zeit gelegen haben sollten, ohne von ihm untersucht bezw. operirt zu werden, daß er die Kranken 3. Klasse vernachlässigt habe und tagelang, ja wochenlang auf den Krankensälen überhaupt nicht, oder jedenfalls nicht, wie es in der Ordnung gewesen wäre, in Begleitung der Assistenten erschienen sei. Da das Staatsministerium keine Veranlassung hatte, an der Richtigkeit der Angaben der Assistenten, welche ja vor ihrer Vernehmung auf die damit übernommene schwere Verantwortung besonders hingewiesen waren, zu zweifeln, so lagen genügende Verdachtsgründe für die gefaßten Beschlüsse vor. An demselben Tage habe ich Professor Seidel ersucht, im Ministerium zu mir zu kommen. Er kam nachmittags dorthin. Ich eröffnete ihm amtlich die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen aus dem Sievers'schen Protokolle und die vom Herzoglichen Staatsministerium gefaßten Beschlüsse. Seidel war über die Beschuldigungen sichtlich überrascht und bezeichnete dieselben mit den schärfsten Ausdrücken als unbegründet, wobei er meines Wissens auch den Ausdruck „gemeine Denunziation" gebrauchte. Ich sagte ihm, es handle sich nicht um bewiesene Dinge, sondern nur um Anschuldigungen. Diese hätten aber, da sie in glaubwürdiger Weise erhoben seien, sowohl die Einleitung des Verfahrens als die Suspension wegen ihrer besonderen Schwere erforderlich erscheinen lassen. Ich sprach die Hoffnung und den Wunsch aus, daß es ihm gelingen möge, in dem Verfahren sich zu rechtfertigen. Er erwiderte darauf, daß er seine Unschuld nachweisen werde. Ich stellte ihm vor, daß er unter diesen Umständen sein Amt nicht länger würde verwalten können. Er erkannte darauf an, daß dieses richtig und seine Suspension daher gerechtfertigt sei. Ob er auch ausdrücklich anerkannt hat, daß auch das Disciplinarverfahren und das gerichtliche Verfahren gerechtfertigt sei, weiß ich nicht mehr; jedenfalls hat er mit keinem Wort das Verfahren des Staatsministeriums als unkorrekt oder besonders hart und übereilt bezeichnet. Der bereits erwähnte Brief, welchen Professor Seidel an mich geschrieben, und welchen seine Freunde mir gebracht haben, enthielt u. a. folgenden Satz: „Im Angesicht des Todes versichere ich Ihnen feierlich, daß ich meine Pflicht stets erfüllt habe, so weit menschliche Kräfte und die Zeit es zuließen. Jeder, der mich kannte, weiß, daß ich gearbeitet habe wie ein elender Tagelöhner. Wenn es mir nicht möglich war, länger als fünf Stunden dem Krankenhause zu widmen, so lag das an den Ihnen genugsam bekannten Verhältnissen. Allein für den Weg mußte ich täglich zwei Stunden mindestens aufwenden. Von meiner sonstigen Ueberlastung haben Sie wahrscheinlich keine Ahnung. Ich falle als Opfer einer gemeinen Denunziation."

Zum Anschluß an die Verlesung bemerkt Assistenzarzt Deneke, daß auch der Kreisdirektor Langerfeldt immer zwei Alternativen bei der Vernehmung gestellt habe, entweder zu revoziren, oder im Interesse des Krankenhauses die belastenden Angaben zu Protokoll zu geben. Da man nicht gut habe revoziren können und andererseits das Interesse des Krankenhauses betont worden sei, habe man der Protokollirung der Aussage zugestimmt. Rechtsanwalt Dedekind: Wurden Sie bei Ihrer Vernehmung darauf hingewiesen, daß Sie Ihre Aussage vielleicht beschwören müßten? Dr. Deneke: Nein. Rechtsanwalt Huch: Ich lege dem Gerichtshofe mehrere Schreiben der Angeklagten an Se. Königliche Hoheit den Regenten, das Staatsministerium und die einzelnen Minister vor, in denen sie um die Aussolgung der Anklageakte gegen ihren verstorbenen Bruder bitten und konstatire dabei, daß dieser Bitte nicht entsprochen worden ist. Ferner überreiche ich ein Konzept des Verstorbenen an das Staatsministerium, in welchem derselbe auf die verschiedenen Mißstände, die sich aus seiner zersplitterten Stellung als beamteter und Privatarzt ergeben, hinweist und um Abänderung ersucht. Ich stelle den Antrag, da sich der Minister Hartwieg bei seiner Vernehmung über alle diese Punkte gar nicht ausgelassen hat, ihn nochmals zu vernehmen. Erster Staatsanwalt Bode: Ich bitte den Antrag abzulehnen, da die Dinge, über welche der Minister vernommen werden soll, nicht von Einfluß auf die Verhandlung sein können. Rechtsanwalt Dedekind: Ich muß doch behaupten, daß die Angeklagten durch die Ablehnung ihrer Bitte um Aushändigung der Akten noch mehr gereizt und in ihrem scharfen Vorgehen bestärkt worden sind. Präsident: Aber der Herr Minister hat doch bereits gesagt, daß er die Bitte um Aushändigung abgelehnt hat. Rechtsanwalt Huch: Aber er hat ausdrücklich hervorgehoben, daß ihm damals nichts von den schweren Anschuldigungen in moralischer und sittlicher Beziehung bekannt war, da er diesen sonst sofort durch eine öffentliche Erklärung entgegengetreten sein würde. Nun hatten aber die Angeklagten von diesen Gerüchten schon damals Kenntniß und wollten, um denselben entgegenzutreten, die Akten haben. Es handelt sich also darum, den Minister darüber zu hören, ob er die Akten ausgehändigt haben würde, falls ihm die Gerüchte zu Ohren gekommen wären. Präsident: Ich weiß nicht, was das soll. Angeklagter Dr. Paul Seidel: Es ist doch nothwendig, daß wir feststellen können, wie wir alles versucht haben, um gemeinsam mit dem Ministerium die Anschuldigungen gegen unseren Bruder zu entkräften und wie uns dies durch das Verhalten des Ministeriums unmöglich gemacht worden ist. Nach längerer Berathung beschloß der Gerichtshof, die Ministerialakten über den Fall Seidel einzufordern, dagegen die nochmalige Vernehmung des Ministers Hartwieg abzulehnen.

Danach erscheint Dr. med. Steinmeyer. R.-A. Elster: Haben Sie nicht einmal eine Aeußerung gemacht, daß Professor Seidel sich in die Privatpraxis der anderen braunschweiger Aerzte hineindränge? Zeuge: Ich habe unter diesem Eindrucke gestanden, weil in allen Fällen, wo neben mir als Hausarzt auch Professor Seidel konsultirt wurde, diesem schließlich die alleinige Behandlung der Krankheit übertragen wurde. Dann war es mir auch unangenehm, daß Professor Seidel die Nachbehandlung den Wärtern seiner Privatklinik, statt mir, als dem Hausarzte, überließ. R.-A. Elster: Diese Erfahrung haben auch andere Kollegen gemacht? Zeuge: Ich glaube, ja. Wenigstens wurde oft darüber gesprochen. R.-A. Elster: Auch im ärztlichen Standesverein? Zeuge: Ja. Es wurden Seidel auch einmal Vorhaltungen gemacht und er sah sein Unrecht ein. R.-A. Huch: Wir werden die Sachverständigen darüber befragen, ob die Nachbehandlung durch die Klinikswärter nicht vollständig ausreichend war.

Hierauf bringt der Präsident eine Reihe kommissarischer Zeugenvernehmungen zur Verlesung. Unter denselben befindet sich die Aussage des früheren Dieners des Professors Seidel, Namens Nickel, der jetzt bei dem Kaiserlich deutschen Botschafter Grafen Münster in Paris angestellt und dort vernommen worden ist. Er hat bekundet: Professor Seidel war bei allen Kranken ungemein beliebt. Jedesmal, wenn er im Krankenhause erschien, ging eine freudige Bewegung durch die Reihen der Patienten. Seidel habe nicht nach den Vermögensverhältnissen der Kranken gefragt, sondern in christlicher Nächstenliebe seines Amtes gewaltet. Einige Wochen vor dem Tode Seidel's seien ihm (Zeugen) die heimlichen und wiederholten Zusammenkünfte der Assistenten aufgefallen. Auch bei den Krankenbesuchen seitens des Professors sei ihm das Benehmen der Assistenten aufgefallen. Dieselben hätten sich bei den Befehlen des Professors hinter seinem Rücken höhnisch verbeugt und gelacht. Ferner hätten dieselben oft gemeinsam mit dem Oberwärter gefrühstückt und seien, wenn Seidel erschien, plötzlich verschwunden. Alle diese Beobachtungen veranlaßten dann den Zeugen, dem Professor einen anonymen Brief zu schreiben, in dem er ihn vor den Assistenten warnte. Am anderen Morgen sei dann Seidel merkwürdig früh in die Anstalt gekommen und habe ihn, Nickel, rufen lassen. Als der Zeuge vortrat, habe Seidel zu ihm gesagt: Sie haben den Brief geschrieben. Er, Zeuge, habe dies dann zugestanden und den Professor vor den Assistenten gewarnt. Seidel: Mein lieber Nickel, daß Assistenten so gegen ihren Chef handeln, ist schändlich, was kann ich aber dagegen thun? Hoffen wir das Beste!

Im Anschluß an die Verlesung bemerkt Erster Staatsanwalt Bode: Ich möchte nunmehr die Herren Assistenzärzte doch ganz dringend bitten, sich zu dieser Bekundung zu äußern. Dr. Jacobi: Ich kann nur sagen, daß das alles nicht so ist, wie Nickel angegeben hat.

Um 1 Uhr mittags wird die weitere Verhandlung auf Montag früh vertagt.

Sportnachrichten.

Für Radfahrer. Das Radfahren würde wahrscheinlich noch mehr ausgebreitet sein, als es ohnehin schon der Fall ist, wenn nicht der und jener durch gewisse Uebelstände, die der Maschine immer noch anhaften, von der Ausübung dieses schönen Sports zurückgehalten würde. Zu den größten Unannehmlichkeiten, die dem Radfahrer begegnen können, gehört es jedenfalls, wenn sein Pneumatik einen Riß bekommt, was ja auf schlechten Straßen nur allzu leicht passirt, ganz abgesehen davon, daß böswillige die Straße absichtlich mit Glasscherben oder spitzen Nägeln bestreuen. Das Anfleben eines Pflasters auf die Gummiwunde erweist sich vielfach als ungenügend. Dagegen könnte jeder Radfahrer in einem Fläschchen einen Kitt bei sich führen, der auf folgende Weise hergestellt wird: 10 Theile Guttapercha, 16 Theile Kautschuk und 4 Theile Hausenblase läßt man in 70 Theilen Schwefelkohlenstoff aufquellen. Diesen Kitt füllt man in die sorgfältig gereinigten Risse und hält die Theile bis zum Festwerden des Kittes, das nicht lange auf sich warten läßt, mit Bindraden zusammen. Auf diese Weise muß der Radfahrer sich zwar unterwegs die Unannehmlichkeit eines Aufenthaltes gefallen lassen, aber danach kann er die Reise doch wenigstens fortsetzen.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

— In der Hauptversammlung der National-Hypotheken-Credit-Gesellschaft zu Stettin am 23. d. wurden folgende Anträge angenommen: Dem Vorstand wird für das verflossene Geschäftsjahr Entlastung ertheilt unter Vorbehalt von Regressansprüchen an den früheren Verwaltungsrath; zur Feststellung der Regressansprüche soll ein Ausschuß bestehend aus drei Mitgliedern der Versammlung, gewählt werden. 2. Den Direktor der westpreussischen landschaftlichen Darlehnskasse Thomas-Danzig zu bitten, der Kommission mit berathender Stimme beizuziehen. Die Genossenschafter beschlossen ferner, dass jeder Genosse 2000 M. auf den Geschäftsantheil, und zwar 1000 M. am 1. Juli 1898 und im nächsten Jahre zwei Raten zu 500 M., zahlen soll, sodass sich das Genossenschafts-Kapital auf 1¾ Millionen Mark innerhalb zweier Jahre stellt. Die für 1897 ausscheidenden Mitglieder sollen 4300 M. pro Kopf nach § 71 des Genossenschaftsgesetzes zahlen, und es soll darauf gehalten werden, dass der Garantiefonds zur weiteren Sicherung der Pfandbriefbesitzer eine möglichst hohe Summe erreicht. Es wurde zur Kenntniss genommen, dass die deutschen Hypotheken-Banken eine Beihilfe von insgesammt 500,000 M. zinslos auf 2 Jahre oder eventuell als Fonds perdu der Genossenschaft zur Verfügung stellen, unter der Voraussetzung, dass die vorgenannten Anträge Annahme finden, was geschehen ist. Der Aufsichtsrath hat sein Mandat niedergelegt; es wird ein neuer Aufsichtsrath gewählt.

— Die Potsdamer Strassenbahn-Gesellschaft beschloss das Aktienkapital um 1 Million M. zu erhöhen zum Zwecke der Einrichtung des elektrischen Betriebes und der Erweiterung der Linien.

— Die Aktionäre der Stettiner Chamottefabrik vorm. Didier werden aufgefordert, das Bezugsrecht auf 2 Millionen M. neuer Aktien in der Zeit bis 10. Mai geltend zu machen; auf je zwei alte Aktien kann eine neue zu 1000 M. gegen Zahlung von 1100 M. bezogen werden.

— Die Generalversammlung der Heddernheimer Kupferwerke beschloss die Erhöhung des Aktienkapitals von 4 auf 6 Millionen M. Die neuen Aktien werden zu 120 Proz. einem Konsortium überlassen, welches sie zu 125 Proz. den Aktionären je 1 auf 2 anbietet.

Zahlungs-Einstellungen.

Namen	Wohnort	Amts-gericht	Erstin.-Term.	Anm.-Frist	1. Gl.-Vers.	Prüf.-Term.
A. Girscher, Kfm., Inh. d. Fa. Zumholte & Co.	Scherberg	Aachen	18.4.	5.5.	16.5.	16.5.
A. Werner, Kfm.	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.	19.4.	3.6.	13.5.	17.6.
M. D. Riede geb. Koch, Inh. d. Fa. E. u. C. Riede	Someborn	Gotha	19.4.	6.6.	16.5.	17.6.
Hugo Warnecke, Kfm.	Minden	Minden	19.4.	31.5.	7.5.	11.6.
R. Hinrichs jun., Kfm.	Burscheid	Opladen	19.4.	4.6.	13.5.	25.6.
G. F. B. Soltau, Kfm.	Osnabrück	Osnabrück	18.4.	21.5.	18.5.	1.6.
H. Loban, Kfm.	Gevelsberg	Schwelm	18.4.	17.5.	10.5.	20.5.
Herm. Wolff, Kfm.	Schöneberg	Berlin	18.4.	28.5.	28.4.	9.6.
Ludw. Flebbe, Fahrradhändler	Chemnitz	Chemnitz	18.4.	31.5.	12.5.	16.6.
Josef Soldera, Hutfabr.	Guben	Guben	19.4.	14.5.	21.5.	21.5.
Otto Polkowski, Kfm.	Johannisburg	Johannisburg	18.4.	20.5.	9.5.	26.5.
Cl. Lamping, Colonialwaarenhändler	Köln	Köln	15.4.	31.6.	13.5.	14.6.
Steup & Birkner	Köln	Köln	16.4.	1.6.	12.5.	17.6.
Samuel Levy, Kfm.	Andorf	Quakenbrück	18.4.	18.5.	26.5.	26.5.
Bernh. Riemann, Kfm.	Stassfurt	Stassfurt	18.4.	4.6.	10.5.	21.6.
Franz Stendal, Schneidermeister	Tangerhütte	Stendal	18.4.	1.6.	14.5.	18.6.
Xaver Bindreif, Kfm., Keim-Hartmann Nachf.	Strassburg i. E.	Strassburg i. E.	19.4.	1.6.	12.5.	9.6.

Waaren- und Produktenberichte.

Getreide.

New York, 23. April. [Telegr.] Rother Winterweizen 114, Weizen April 111, Mai 94⅝, Juli 94⅝, September 86½, Mais April 36⅞, Mai 37⅞, Juli —. Mehl 4,10. — Getreidefracht 4.

Chicago, 23. April. [Telegr.] Weizen April 114, Mai 89½, Mais April 32½.

* Hamburg, 23. April. Weizen loco fest, holsteinischer loco 222—235. Roggen loco fest, mecklenburgischer loco 160—172, russischer loco fest, do. 125. Hafer fest, Gerste fest.

* Wien, 23. April. Weizen per Frühjahr 13,92 Gd., 13,94 Br., do. pr. Mai-Juni 13,54 Gd., 13,56 Br. Roggen per Frühjahr 9,75 Gd., 9,80 Br., do. pr. Herbst 8,30 Gd., 8,35 Br. Hafer per Frühjahr 7,70 Gd., 7,75 Br.

* Pest, 23. April. Weizen loco fest, per Frühjahr 14,00 Gd., 14,10 Br., do. pr. Mai-Juni 13,52 Gd., 13,54 Br., pr. Herbst 10,53 Gd., 10,54 Br. Roggen per Frühjahr 9,25 Gd., 9,30 Br., do. pr. Sept. 8,17 Gd., 8,18 Br. Hafer per Frühjahr 7,50 Gd., 7,55 Br., do. pr. Sept. 6,02 Gd., 6,04 Br.

* Amsterdam, 23. April. Weizen auf Termine geschäftslos, do. per Mai —, per Nov. —. Roggen loco — do. auf Termine fest, per Mai 151, per Okt. 142.

* Antwerpen, 23. April. Weizen steigend, Roggen steigend, Hafer steigend, Gerste steigend.

Zucker.

* Paris, 23. April. (Schluss.) Rohzucker ruhig, 88% loco 29½—30, Weisser Zucker fest, Nr. 3, per 100 kg, per April 33, per Mai 33⅓, per Mai-Aug. 33½, per Okt.-Jan. 31.

* London, 23. April. 96% Javazucker 11¼ ruhig, Rüben-Rohzucker loco 9 9/16 ruhig.

Kaffee.

* Hamburg, 23. April. Kaffee behauptet, Umsatz 2500 Sack.

* Hamburg, 23. April. (Vormittagsbericht.) Good average Santos, per Mai 28¾ Gd., per Juli —, per Sept. 29¾ Gd., per Dez. 30⅛ Gd.

* Hamburg, 23. April. (Nachmittagsbericht.) (Bericht der hamburger Firma Joswich u. Comp.) Kaffee good average Santos, per Mai 28½, per Juli 28¾, per Sept. 29½ Gd., per Dez. 30 Gd.

* Hamburg, 23. April., abends 6 Uhr. (Bericht der hamburger Firma Joswich u. Comp.) Kaffee good average Santos, per Mai 28½ Gd., per Juli 28¾ Gd., per Sept. 29½ Gd., per Dez. 30 Gd.

* Havre, 23. April., vorm. 10 Uhr 30 Min. (Bericht der hamburger Firma Peimann, Ziegler u. Co.) Kaffee good average Santos, per April 34,75, per Mai 35,50, per Sept. 36,00, Ruhig.

* Amsterdam, 23. April. Java-Kaffee good ordinary 33.

Petroleum.

* Hamburg, 24. April. Petroleum steigend, Standard white loco 5,25 Br.

* Bremen, 23. April. (Börsen-Schlussbericht.) Raffinirtes Petroleum (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Loco 5,35 Br.

* Antwerpen, 23. April. (Schlussbericht.) Raffinirtes Type weiss loco 15½ bez. u. Br., per Mai 15⅛ Br., per Juni 15⅛ Br. Ruhig.

* New York, 23. April. [Telegr.] Petroleum Standard white in New York 5,60, do. in Philadelphia 5,55, do. Refined (in Cases) 6,25, do. Credit Balances at Oil City 71,00.

Oelsaaten. Oele. Fettwaaren.

New York, 23. April. [Telegr.] Schmalz Western steam 5,75, do. Rohe und Brothers 5,80.

* Hamburg, 23. April. Rüböl (unverzollt) fest, loco 50,50 Br.

* Bremen, 23. April. Schmalz sehr fest. Wilcox 31 Pf., Armour shield 30½ Pf., Cudahy 31½ Pf., Choice Grocery 31½ Pf., White label 31½ Pf., Speck sehr fest. Short clear middling loco 29½ Pf.

* Köln, 23. April. Rüböl loco 56,00, per Okt. 54,00 M.

* Paris, 23. April. (Schlussbericht.) Rüböl fest, per April 56¼, per Mai 55¼, per Mai-Aug. 57, per Sept.-Dez. 57½.

* Antwerpen, 23. April. Schmalz per April 75½.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18980425020/fragment/page=0002